

Schwere 'Congress'-Niederlage im Punjab

von Theo Ebbers

Bei den Wahlen zum Landesparlament mußte die 'Congress'-Partei im Punjab trotz ihres intensiven Wahlkampfes und der populistischen Wahlversprechen eine schwere Niederlage hinnehmen. Einen überwältigenden Sieg errang die 'Shiromani Akali Dal' (SAD) mit ihrem Wahlverbündeten 'Bharatiya Janata Party' (BJP), die zusammen 93 der insgesamt 117 Parlamentssitze gewinnen konnten. Die 'Congress'-Partei verlor dagegen 73 Sitze und entsendet nunmehr lediglich 14 Abgeordnete in das Landesparlament. Neuer 'Chief'-Minister ist Parkash Singh Badal, der dieses Amt damit zum dritten Mal inne hat.

Die Wahlen und ihr Ergebnis werden in den indischen Medien als die ersten normalen Wahlen seit 1980 und als Vorzeichen für Frieden in dem seit Jahren von extremistischen Auseinandersetzungen geplagten Bundesstaat gefeiert. Betrug die Wahlbeteiligung 1992 aufgrund des Wahlboykotts der 'Akali'-Parteien nur 24 Prozent, waren es jetzt knapp 70 Prozent. Der deutliche Sieg der SAD ist ein Zeichen dafür, daß die Mehrheit der Wähler deren gemäßigte Politik den extremistischen Positionen radikaler 'Akali'-Parteien vorzieht.

Schon während ihrer ersten Kabinettsitzung hat die neue Landesregierung beschlossen, den Bauern Wasser und Elektrizität kostenlos zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen Landsteuern und die weit verbreiteten kommunalen Transport- und Straßennutzungsgebühren abgeschafft werden. Mit diesen Ankündigungen erfüllt das neue Kabinett unter 'Chief'-Minister Badal nicht nur die schon seit langem gestellten Forderungen der 'Akali Dal', sondern auch die Wahlkampfversprechen der unterlegenen 'Congress'-Partei. Darüber hinaus verzichten Regierungschef Badal und sein gesamtes Kabinett auf die ihnen als Minister zustehenden monatlichen Einkünfte und Aufwandsentschädigungen.

Die kostenlose Versorgung von Bauern mit Wasser und Elektrizität war zwar auch von Ex-Ministerpräsidentin Bhattacharjee im Wahlkampf versprochen worden (siehe dazu: 'Südasiens', 1/97), doch hatte sie diese Vergünstigungen noch auf Kleinbauern beschränken wollen, die nicht mehr als sieben acres (ca. 2,8 ha) Land besitzen. Die neue Regierung hat dieses Angebot jedoch ausnahmslos für

alle Bauern, unabhängig von der Größe ihres Landbesitzes vorgesehen. Eine weitere populistische Maßnahme der neuen Regierung ist ihr Plan, jeder Dalit-Familie bei der Eheschließung einer Tochter 5.100 Rupien zu bezahlen - damit sollen diese Familien von dem finanziellen Druck entlastet werden, der ihnen bei der Verheiratung ihrer Töchter durch die Mitgiftforderungen entsteht.

Während Maßnahmen wie diese sicherlich sehr populär sind und Badal die Sympathien weiter Bevölkerungsschichten, insbesondere im ländlichen Raum, einbringen dürfte, konnte er bisher jedoch keine Angaben darüber machen, wie seine Regierung die Finanzierung der Programme sicherstellen will. Angesichts der weitverbreiteten Wasserknappheit scheint diese Politik aber auch ökologisch höchst unklug zu sein, wird sie doch aller Wahrscheinlichkeit nach zu erhöhtem Einsatz elektrischer Wasserpumpen und verschwenderischem Umgang mit Wasser führen. Dies würde dann nicht nur in einem weiteren Absinken des Grundwasserspiegels, sondern auch in schweren Schädigungen landwirtschaftlicher Nutzflächen münden.

Während die Wählerbasis der SAD, die vor allem von Großbauern und der ländlichen Mittelschicht gebildet wird, mit diesen Maßnahmen sicherlich mehr als zufrieden ist, werden die vor allem in den städtischen Händlergruppen zu suchenden Anhänger der BJP insbesondere dann mit diesen Regierungsabsichten unzufrieden sein, wenn sie durch Steuererhöhungen finanziert werden sollen. Die Finanzierung der populistischen Regierungsvorhaben, deren Kosten auf sechs Milliarden Rupien geschätzt werden, wird erschwert durch eine schon bestehende Schuldenlast von über 60 Milliarden Rupien, die Badal von seinen Vorgängerregierungen geerbt hat.

Ein anderes Erbe ist der noch immer nicht endgültig besiegte Extremismus im Punjab, dessen Entstehung vor allem der Politik der 'Congress'-Partei anzurechnen ist. Zwar erweckt der Punjab schon seit einiger Zeit den Eindruck einer gewissen Normalität, doch wurde dieser 'Frieden' von der bisherigen 'Congress'-Regierung nur durch massivste Polizeieinsätze erzielt, wobei oftmals der Rahmen der Gesetze überschritten wurde. Immer wieder wurden in der Vergan-

genheit insbesondere vom 'Congress' die verschiedenen religiösen Gruppen im Punjab gegeneinander ausgespielt, und auch im jüngsten Wahlkampf versuchte man, einen Keil zwischen Sikhs und Hindus zu treiben, um dem Wahlbündnis zwischen SAD und BJP zu schaden. Der Wahlausgang ist auch ein Zeichen dafür, daß die Menschen im Punjab, unabhängig von ihrer jeweiligen religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit, den Mißbrauch von sozio-kulturellen Faktoren wie Religion leid sind.

Dennoch muß sich in den nächsten Monaten erst noch erweisen, wie fest das Koalitionsbündnis aus SAD und BJP ist, und ob es außer dem gemeinsamen Ziel, die 'Congress'-Partei zu besiegen, weitere Gemeinsamkeiten gibt, die in ein Regierungsprogramm umgesetzt werden können. Zwar haben die beiden Koalitionspartner ein gemeinsames Minimalprogramm für ihre Koalitionsregierung ausgearbeitet, doch die wirklich kontroversen Themen werden darin vermieden. So befürworten z.B. die städtischen Händlerklassen im Punjab, die vor allem die BJP unterstützen, eine starke, hinduistische Zentralregierung, während die SAD und ihre Anhänger ihre vornehmlich agrarischen Interessen am besten durch eine weitgehende Dezentralisierung mit einem schwachen Zentrum und starken Bundesstaaten gewahrt sehen. Daß die SAD dennoch auf einen Koalitionspartner angewiesen ist und trotz ihrer eindeutigen Mehrheit von 75 Sitzen an der Koalition festhalten will, liegt wohl vor allem daran, daß sie nicht die Mehrheit der Sikhs hinter sich hat. Ihre Basis sind die 'Jat Sikhs', die agrarische Oberklasse. Niedrigere Sikh-'Kasten', die Mazhabis, haben traditionell entweder die 'Congress'-Partei oder die Kommunisten (CPI) gewählt.

Die BJP dagegen ist auf das Funktionieren der Koalition mit der SAD angewiesen, um ihr nationales politisches Image zu verbessern. Für die BJP geht es vor allem darum, sich für die nächsten 'Lok Sabha'-Wahlen eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, indem sie unter Beweis stellt, daß es ihr nicht ausschließlich um 'Hindutva', die Herrschaft der Hindus, geht, und daß ihre Politik sich nicht gegen religiöse Minderheiten wie die Sikhs oder Muslime richtet.